

## **GEDENK- UND VERMITTLUNGSPERSPEKTIVEN EINER ZUKÜNFTIGEN INTERNATIONALEN GEDENK- UND DOKUMENTATIONSSTÄTTE „STALAG 326“**

**Tagungsbericht zum Workshop am 24./25. Juni 2022,  
Universität Bielefeld und Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) in Stukenbrock**

Anlässlich des geplanten Ausbaus der Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne durch den Landschaftsverband Westfalen-Lippe (LWL) veranstaltete Prof. Dr. Christina Morina (Professur für Zeitgeschichte, Universität Bielefeld) gemeinsam mit Jürgen Feldhoff (Gegen Vergessen – für Demokratie OWL) und Malte Thießen (LWL, Institut für westfälische Regionalgeschichte) einen Workshop, dessen Titel bereits zweierlei verdeutlicht: Zwar besteht bezüglich der Relevanz eines ‚Gedenkens‘ der bis zu 65.000 Toten des Lagers mittlerweile Einigkeit. Zugleich existieren hinsichtlich der Art der Vermittlung, sowie der inhaltlichen und strukturellen Form einer Dokumentationsstätte aber auch erhebliche, wichtige Perspektivnuancen, die öffentlich und miteinander diskutiert werden müssen. Getragen von einem Interesse an konstruktiver Widersprüchlichkeit in den Zugängen zum Thema konnten im Rahmen des Workshops Perspektiven angeboten werden, die bisher eher marginal betrachtet wurden.

Einführend hoben CHRISTINA MORINA (Universität Bielefeld) und DIETER KINKELBUR (Gegen Vergessen – für Demokratie OWL) die Ziele des Workshops hervor: Neuere Ansätze der historischen Forschung der Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen an diesem Ort kennenzulernen, die Rolle der Gedenkstätte für die Demokratie und Denkkultur aufzuzeigen sowie die Konzeption der (neuen) Gedenkstätte mit den Akteur:innen zu diskutieren, die sich bereits seit mehreren Jahrzehnten mit der Geschichte des Kriegsgefangenenlagers und seiner Musealisierung auseinandersetzen, also bspw. Blumen für Stukenbrock e.V., dem Förderverein Gedenkstätte Stalag 326 (VI K) Senne e.V., Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V. und andere. Jene Akteur:innen sollten ihre Perspektiven auf den Ausbau der Gedenkstätte sowie ihre Expertise unter dem Vorsatz des konstruktiven Umgangs mit Widersprüchen in den Workshop einbringen und Anregungen zum Ausbau geben.

NORBERT FREI (Friedrich-Schiller-Universität Jena) nahm diese Herausforderung in seiner Eröffnungsrede offensiv an, indem er insbesondere auf die im Lager Stalag 326 gefangenen Menschen, auf die bis zu 310.000 Menschen, die Stalag als Durchgangslager erfuhren, vor allem aber auf die Massentötung durch Sterbenlassen verwies. Diese Opfergruppe sei weder in der wissenschaftlichen und schon gar nicht in der politischen Öffentlichkeit Nachkriegsdeutschlands wertschätzend bedacht worden. Eine Zuwendung zum Thema sei vielerorts viel zu ‚vorsichtig‘ erfolgt. Es bestand ein „terminologisches Unbehagen“, ‚sowjetische Kriegsgefangene‘ zu thematisieren. Gleichzeitig sei ein Opferkult („Ja – die Russen haben gelitten, – wir aber auch“) als Erinnerungsroutine geschaffen worden, welche erst durch die Publikation „Keine Kameraden“ von Christian Streit, der ebenfalls im Workshop anwesend war, sowie durch den Film „Holocaust“ 1979 geweitet wurde. Die Nürnberger Prozesse hätten vor dem Hintergrund der „Selbstperzeption der Deutschen als Opfer“ die Massenhaftigkeit des Verbrechens an Menschen, die als ‚sowjetische Kriegsgefangene‘ nach 1945 als ‚befreit‘ erklärt wurden, unsichtbar gehalten. Dabei sei in der Reaktion auf die Veröffentlichungen das Spektrum des ‚Tabuthemas einer Generation‘ sichtbar geworden: Ehrerklärungen hinsichtlich deutscher Soldaten, insbesondere bei der Wiederbewaffnung. Putin nutze aktuell die Tabuisierung von Wissen über die Entwicklungen nach 1945 aus, indem er das Gebiet der

Ukraine als topographischen Ort der Gewalt vor 1945, also als faschistoid reinszeniert. „Historiker können sich nicht der fahrlässigen Analogiebildung aktueller Faschismusgleichstellung ergeben“, so Frei. Das bedeute aber auch, konsequent den Menschen Gehör zu verschaffen, welche als ‚sowjetische Kriegsgefangene‘ nach Deutschland bis ins Stalag 326, ja ins gesamte Reichsgebiet verschleppt wurden und nach 1945 in der Sowjetunion dann als „zweierlei Russen: siegreiche Russen – gefangene Kollaborateure“ behandelt wurden. Freis Kernaussage wurde spürbar deutlich: Den konkreten gefangenen und nachhaltig geschädigten Menschen sei zu wenig Gehör verschafft worden und eben wissenschaftliche wie zivile Aufmerksamkeit nötig.

Das erste Panel schloss thematisch an diesen Gedanken an und widmete sich den Schicksalen sowjetischer Kriegsgefangener in der Ära der westdeutschen Vergangenheitspolitik. ESTHER MEIER (Deutsches Historisches Institut Moskau) berichtete von der aufgrund des gegenwärtigen Krieges zwangsweisen Entflechtung gewachsener Arbeitsprozesse. Die Digitalisierung von ‚Memorial‘ Flossenbürg gesammelten Akten mache es hingegen im Vergleich zu früheren Recherchewegen einfacher, Biographien nachzuzeichnen, weil dort Daten aus unterschiedlichen Archiven zusammenfließen. Alle 1945 in die Sowjetunion zurückgezwungenen Personen, insbesondere Kriegsgefangene, galten, soweit sie außer staatlicher Kontrolle waren, als potenzielle Feinde. Verhörprotokolle des Nationalarchivs in Riga zeigen auf, wie die zurückgeführten Kriegsgefangenen in der Sowjetunion als wirtschaftliches Arbeitsmaterial benutzt wurden. Dazu sei ein stalinistisches ‚Freund-Feind Schema‘ hilfreich gewesen. Insofern stand sowjetischen Kriegsgefangenen nach der Filtration keine Rückkehr in die Heimat bevor, sondern in die Industrie, oftmals in unwirtlichen Lagern Sibiriens. Nach mehr als 27 Millionen Toten bestand eine Konkurrenz zwischen Armee und Industrie hinsichtlich der Ansprüche auf insbesondere männliche Zwangsarbeiter. So wurden 15% der zurückgeführten Kriegsgefangenen zu 25 Jahren Lagerhaft verurteilt. Bis 1989 wurden in Akten belegte Verhöre geführt. Eine Etablierung als normale Bürger war nicht mehr möglich. Aktuell regeln ‚Geschichtsgesetze‘ die staatlich gewollte Einordnung der Geschichte.

Auch JENS NAGEL (Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain) zeigte die durch Archivzugänge in Russland erweiterten Erkenntniswege auf und beschrieb die wissenschaftliche Arbeit mit persönlichem Datenmaterial, das bis zur Digitalisierung ab 1998 als verschollen galt. Die Kriegsgefangenenakten der Wehrmacht wurden und werden im Zentralarchiv in Moskau gelagert – seit 2007 liegen auch die Daten zu ‚militärischen Verlusten‘ aus staatlichen und nachrichtendienstlichen Archiven sowie dem Verteidigungsministerium in Russland digitalisiert vor. Die persönliche, biographische Analyse und Recherche von Rotarmisten in Konzentrationslagern bleibe aufgrund von Doppelbenennungen in unterschiedlichen Vorgängen, Lagern und mehreren Fluchtversuchen sehr mühsam.

CHRISTIAN STREIT zog nach seiner Veröffentlichung ‚Keine Kameraden‘, erschienen 1978, Bilanz: Die zivile Gruppe ‚Kontakte‘ (Gemeinnütziger Verein, Berlin, seit 1990) habe dankenswerterweise entgegen staatlicher und formal wissenschaftlicher Instanzen den Zugang zu Betroffenen hergestellt und gepflegt. Mit dem Versterben der primär Betroffenen ist ein persönlicher Zugang mittlerweile verschlossen, eine externe biographische Nachverfolgung durch die Öffnung der Archive aber zunehmend möglich. So können Berichte von nicht mehr lebenden Zeitzeugen nachweislich belegt werden. Streit plädierte auch vor dem Hintergrund einer „deutschen patriotischen Kriegsgefangenenchaftsmythologie“ zu keinerlei

Zurückhaltung gegenüber einer offenen Darstellung. So sei das Verhungern deutscher Kriegsgefangener innerhalb einer verhungerten Umgebung in der Sowjetunion deutlich abzugrenzen gegenüber dem aktiven Verhungernlassen sowjetischer Kriegsgefangener in einem vergleichsweise satten Deutschland.

CAROLINE AUTHALER (Universität Bielefeld) skizzierte in ihrem Vortrag ‚Denk- und Identifizierungsräume im öffentlichen Raum‘, wie ‚Erinnerungskultur‘ durch kulturpolitische Rahmenbedingungen regional, national und international institutionalisiert worden sei. Die Landschaftsverbände in Nordrhein-Westfalen, LWL und LVR, betrieben in ihrem Verwaltungsgebiet Erinnerungspolitik und koordinieren geteilte Erinnerungen auf Landes- und kommunaler Ebene. Mit dem Film ‚Holocaust‘, dessen Bedeutung am Vormittag bereits von Norbert Frei und Christian Streit hervorgehoben wurde, sei ein Orientierungspunkt zur öffentlichen Anerkennung des Gesellschaftsverbrechens gestaltet worden, der wiederum zu Tendenzen „verstärkter Ausschlüsse“ führte. Durch die in Westdeutschland eingewanderten ‚Gastarbeiter‘ seien Gegengedächtnisse entstanden, denn nach der ersten Generation des Rückzugs forderte die zweite Generation gleiche Rechte in der Einwanderungsgesellschaft ein und veranlassten diese somit zu Veränderungen. Diese zeigten sich durch die Heterogenität der Eingewanderten zwar in unterschiedlichen Abgrenzungen, aber in der Vereinheitlichung von Migration als Struktur. Postkoloniale Initiativen, Stadtrundgänge mit unterschiedlichen Schwerpunkten postkolonialer und rassismuskritischer Sichten nutzen bspw. Apps, um die individuelle Kultur der Erinnerung darzustellen. Eine besondere Bedeutung habe das Dokumentationszentrum und Museum über die Migration in Deutschland (DOMiD). Das ‚Haus der Einwanderungsgesellschaft‘ zeige die Vielschichtigkeit der Perspektiven und mehrfach geteilten Geschichten. Die jüngere erinnerungspolitische Forschung zeige durch die Hinwendung zu erweiterten Perspektiven auf, wie Menschengruppen über Jahrzehnte in Vergessenheit gerieten, dort gehalten wurden und zum Teil bleiben.

Diesem Thema widmeten sich BERND WAGNER und JÜRGEN BÜSCHENFELD bezogen auf die Situation in Ostwestfalen. In Brockhagen, nahe dem Tagungsort, seien über 3.000 sowjetische Kriegsgefangene bei der Erstellung eines Ersatzflughafens eingesetzt worden. Weil sie der Auslieferungsdoktrin an die Sowjetunion unterlagen, verschwanden sie nach 1945 aus dem öffentlichen Bild. Es fehle an absichtsvoller Erinnerung an die von Zeitzeugen als ausgemergelt beschriebenen Menschen. Zum Lager Stalag 326 konkretisierte Wagner, dass die sowjetischen Kriegsgefangenen nach der Befreiung des Lagers am 2. April 1945 bereits am 30. April 1945 einen Obelisk mit drei roten Sternen und einer aus Glasstücken hergestellten roten Fahne auf dem Friedhof der bis zu 65.000 hier zu Tode gebrachten Menschen erstellt hatten. Im Oktober 1950 sei ein Antrag auf Abschaffung des Denkmals gestellt worden, weil sowjetische Symbole nicht geduldet würden. Offiziell sei der Obelisk als baufällig beschrieben worden. Das ‚Ersetzen‘, Löschen und Neuinszenieren der Roten Fahne durch eine christliche Symbolik sei im Bewertungsstil der antikommunistischen Adenauer-Ära zu verorten. Die britische Besatzung lehnte den Abriss ebenso ab wie die Abschaffung der kyrillischen Inschriften auf Grabgedenkesteinen. Erinnerungsorte seien Orte der Erinnerung an konkrete Menschen. Ob und wer diese erinnert, scheint für die erinnerungskulturelle Akzeptanz bedeutsam zu sein. Eine zivile Initiative zur Erinnerung an die Opfer sei nach 1950 in Stukenbrock nicht anerkannt worden, weil einzelne Personen der DKP angehört haben sollen – ein national- und regionalpolitisch erzwungenes Verschweigen. Erstmals 1967 und danach jährlich hielt der Arbeitskreis ‚Blumen für Stukenbrock‘ eine Veranstaltung ab.

KIRSTEN JOHN-STRUCKE (Gedenkstätte Wewelsburg) konkretisierte die Divergenzen im Umgang mit der Gedenkstätte in Wewelsburg und dem örtlichen KZ Niederhagen. Erst 1977 sei es in einem Kreistagsbeschluss nach dem ‚Paderborner Mahnmalstreit‘ gelungen, eine erinnerungspolitische Wende hin zu den Opfern zu gestalten. Ausschlaggebend war eine Publikation Karl Hüsers zur „Kult- und Terrorstätte Wewelsburg 1933-1945“. Das Buch „Paderborner Mahnmalstreit“ erschien 1982 und gab den Anstoß für die Gründung der im selben Jahr eröffneten „Wewelsburger Gedenkstätte“. In der ‚Gruft‘ des Nordturms der Wewelsburg, welcher ab 1939 mit Häftlingen des naheliegenden KZ Niederhagen im NS-Architekturstil erstellt wurde, seien von 1945 bis 1973 katholische Gottesdienste gehalten worden. Zwar machte es die kommunale Neugliederung möglich, dass eine Mehrheitsfraktion für eine Mahn- und Gedenkkultur stimmte, die Ablehnung eines „nationalsozialistischen Freilichtmuseums“ trug aber auch erheblichen Zerwürfnissen in der Region bei. Seit 1992 wurden Überlebende des KZ Niederhagen eingeladen und im Jahr 2000 gestalteten Jugendliche des Dorfes ein Mahnmal, das jährlich am Ort der früheren Lagerstraße zu einer Gedenkfeier einlädt. Der Ort zeige die Ambivalenz zwischen verordneter Erinnerung, Schuldzuweisung und Verdrängungsreaktionen. Von der Empathie für die Opfer ausgehend sei in der jüngeren Generation eine eigenregionale Verarbeitungsstruktur entstanden.

CARSTEN SEICHTER (Arbeitskreis ‚Blumen für Stukenbrock‘) fasste die Ergebnisse seiner Studien zur erinnerungskulturellen Stigmatisierung des Arbeitskreises zusammen. Die zivile Aktivität des Arbeitskreises besteht seit 1967. Gründer waren evangelische Theologen aus der Region Lippe. Nachdem bis dahin keine Erinnerungsformen mit Achtsamkeit für die Opfer bestanden, wurden erste Gedenktage und -schriften veröffentlicht. Doch da im Arbeitskreis auch SPD- und DKP-Mitglieder aktiv beteiligt waren, wurden ihnen radikale Primärgesinnung und staatsfeindliche Motivation unterstellt. Von anwesenden Spitzeln seien bei Veranstaltungen des Arbeitskreises ‚Blumen für Stukenbrock‘ normale Alltagshandlungen aktendokumentiert. Bis heute sei die geheimdienstliche Archivierung nicht vollständig aufgearbeitet. Besondere Aufmerksamkeit habe die von Bernd Wagner beschriebene Auseinandersetzung um den Obelisk erlangt. Diese sei neben der geheimdienstlichen Kontrolle durch verordnetes Zuwachsenlassen, aktivem Beschädigen und Umdeuten des Mahnmals begleitet gewesen. ‚Blumen für Stukenbrock‘ war die erste Erinnerungsinitiative bezüglich des Stalags 326 und gestaltet nach wie vor eine jährliche Gedenk- und Mahnfeier.

Das zweite Panel verdeutlichte, wie Gedenkräume und -haltungen von unterschiedlichen Interessen und Interessengruppen gestaltet wurden. Dies gilt für die direkt betroffenen Menschen, wie auch für die distanziert politisch kalkulierenden Interessen und deren Einfluss- und Machtstrukturen bis hin zur gezielten Verhinderung von Gedenken und Mahnformen. Die Methoden des ‚bewussten, gezielten Vergessens und Verschweigens‘ waren so divers und zahlreich wie die beteiligten Akteursgruppen.

Im Rahmen des dritten Panels, das sich mit dem Zusammenhang von Gedenkkultur, politischer Kultur und Demokratie befasste, ging JENS HECKER (LWL, Institut für Regionalgeschichte) der Frage nach, wie sich Gedenkstätten in ihrem Nutzungsprofil verändern. Den Ausgangspunkt der Gedenkkultur in Stukenbrock machte er im Bau des Obelisk unmittelbar nach der Befreiung des Lagers als Zeichen der Verbundenheit der überlebenden, nun befreiten Mitgefangenen aus. Durch die zwangsweise Rückführung der befreiten Gefangenen war es ihnen nicht möglich, vor Ort in Stukenbrock den Verstorbenen zu gedenken. Zudem gab es im

Kalten Krieg Bestrebungen, letzte Hinweise wie den Obelisk zu demontieren. Gleichwohl fanden Veteranentreffen von ehemaligen Angehörigen der Roten Armee in der Sowjetunion statt. Zum Teil wurden diese dokumentarisch aufgezeichnet und erst durch die nachkommende Generation an Forschungsinteressierte weitergegeben, zumal die Erinnerung an eine ‚deutsche Gefangenschaft‘ in der Sowjetunion und den späteren Teilrepubliken nicht an Wertschätzung, sondern an Stillschweigen, Verunsicherung oder Verachtung gekoppelt war. Erst nach 1970 kamen Überlebende auf Einladung des Arbeitskreises ‚Blumen für Stukenbrock‘ an den realen Ort Stalag 326 zurück und traten als Zeitzeugen mit ihren Perspektiven und Bedürfnissen hinsichtlich ihres Gedenkortes erstmalig in die Debatten ein. Durch die zunehmende Medialisierung entstanden um die Jahrtausendwende zur Entschädigungsdebatte erste Publikationen von Betroffenen im Lager, die in die Sowjetunion verlegt wurden. Nur indem die Erinnernden und ihre Nachfahren selbst mitarbeiten können und damit eine transgenerationale friedvolle Würdigung ansässig wird, können die mehrfach unterdrückten Gedenk- und Erinnerungspraktiken der Betroffenen in der zukünftigen Gedenkstätte Platz finden. So würden auch die Erlebnis- und Verarbeitungsstrategien in den familiär tradierten Erinnerungskulturen sichtbar und vor allem für Nachfahren der Opfer eine reale und nicht nur theoretische oder nationale Gedenkstätte.

PRISKA DAPHI (Universität Bielefeld) führte diesen Gedanken fort, indem sie auf die Erinnerungskultur von Betroffenen verwies, welche vor dem Hintergrund des jahrzehntelangen gezielten Verschwiegenheitsgebotes zu einem ‚Erinnerungsaktivismus‘ führen sollte. In dieses Bedürfnis nach nachgeholter Erinnerung fließen umso mehr die in zivilgesellschaftlichen Kontexten erlebten Interpretationen und die aktuellen Intentionen vor dem Hintergrund der Vergangenheit ein. Daphi verwies auf die offensichtliche Notwendigkeit der demokratischen Beteiligung von Betroffenen. Hierbei sei besonders auf die Risiken und Begleiterscheinungen der Beteiligung an der Gestaltung einer Gedenkstätte verwiesen, aber vor allem auf die Vorteile einer partizipativen Gedenkkultur gegenüber einer verordneten Erinnerung.

ANDRÉ KUPER (Landtagspräsident NRW) forderte, in Anlehnung an die Äußerung des Bundespräsidenten Joachim Gauck aus dem Jahr 2015, dass der Umgang mit sowjetischen Kriegsgefangenen in einem „Erinnerungsschatten“ liege, Licht in diesen Schatten zu bringen, das „Lager ohne Grenzen“ zu thematisieren und das Gedenkstättenareal sichtbar werden zu lassen. Bildungsinstanzen und Verlage seien aufgefordert, sich dem Thema zu stellen und der Frage nachzugehen, was das Lager und der Umgang mit Menschen als Kriegsgefangenen mit jedem einzelnen heute zu tun habe. Kuper plädierte für eine ‚reflexive Gedenkstättenpädagogik‘. So sollen im Stiftungsrat neben den finanzsichernden Personen auch wissenschaftliche Instanzen beteiligt sein. Der Vorstand und die Geschäftsführung der zukünftigen Stiftung haben hier einen balancierenden Auftrag, dem gesellschaftlichen Beirat im Stiftungsrat neben einem wissenschaftlichen Beirat eine angemessene Wirkkraft zu verschaffen. Hier sei die kreisübergreifende Kooperation in Ostwestfalen gefragt. Neben der Sichtung von Forschungs- und Potenzialanalysen, sei der Neubau 2024, die Eröffnung 2027 geplant.

Der nächste Workshoptag fand in den Räumen der Gedenkstätte des Stalags 326 auf dem ehemaligen Lagergelände statt.

Nach einer Begrüßung durch OLIVER NICKEL (Leiter der Gedenkstätte Stalag 326) hob BURKHARD POSTE (Förderverein der Dokumentationsstätte 326) das Engagement

ehrenamtlicher Mitarbeiter:innen und Unterstützer:innen hervor, die sich von der Vernachlässigung des Themas im politischen und öffentlichen Kontext und damit teils eingehenden prekären finanziellen Möglichkeiten nicht haben einschüchtern lassen. Mehr als 30.000 ehrenamtliche Arbeitsstunden und über 10.000 eingepflegte Datensätze seien nur ein Teil der Herausforderung, Öffentlichkeits- und Angehörigenarbeit, Dokumentationen und Publikationen zu erarbeiten. Das Arbeitsprofil der Dokumentationsstätte hat sich mit dem Anspruch, partizipative Erinnerungsformen zu gewährleisten, sowohl mit anderen Bildungseinrichtungen in der Region, dem Haus Neuland in Bielefeld, Schulen, Universitäten und Initiativen vernetzt, als auch Jugendliche, postmigrantische Interessierte, Betroffene und Nachkommen der Häftlinge, die überlebt haben, aktiv in die Arbeitskultur der Dokumentationsstätte integriert.

JANA KEBERLEIN (Universität Düsseldorf) stellte ein von der Stiftung ‚Erinnerung Verantwortung Zukunft‘ gefördertes Projekt vor, in dem auf dem Staatsgebiet der Ukraine Erinnerungsarbeit in Bezug auf das Gesellschaftsverbrechen 1941-1944 geleistet wird und das sich dabei im Spannungsfeld früherer und aktueller politischer Rahmungen bewegt. Die Stadt Winnyzja, 260 km südlich von Kiew, war 1941-1944 ein Ort militärischer Präsenz des Oberkommandos der Wehrmacht, von den knapp 200.000 Einwohner waren fast ein Viertel 50.000 sowjetische Kriegsgefangene, die in Lagern eingesperrt waren. Im Fokus der Forschung steht eine psychiatrische Klinik mit den Tötungspraktiken der NS-Ideologie. Die Erinnerungen an diese wurden sowohl in der postsowjetischen wie ukrainischen Lesart herausgearbeitet. Seit 1996 besteht eine Kooperation der Universität Düsseldorf mit ukrainischen Gedenkstätten. In Winnyzja wurden Mahn- und Gedenkorte entwickelt, welche an die etwa 1.000 Menschen erinnern, die im Zusammenhang mit den Psychatriemorden umgebracht wurden, und auch auf den Umgang mit ehemaligen sowjetischen Kriegsgefangenen hinweisen.

JÖRG MORRÉ (Museum Berlin-Karlshorst) wandte sich der Frage zu, wie Staaten erinnern können, und lud dazu ein, die Erfahrungen und Fehler in der Gestaltung von Gedenkstätten offen zu reflektieren. Vor allem sei eine ‚Ortsbestimmung‘ interessant: „Welche Geschichte erzähle ich?“ Für den konkreten Ort Stukenbrock schlug Morré vor, die „Engführung einer Deutung“ des 8. Mai oder des Tages der Befreiung als Befreiung und Neuorientierung zu erkennen. Die ‚Aura des Ortes‘ mit seinen Erwartungen, daraus erwachsenen Zuschreibungen und elementaren Fragen, was werden soll, besäßen sowohl aus Sicht der Betreiber als auch aus Sicht der Besucher Bedeutung. In Karlshorst seien die Hierarchien der Deutungen hinsichtlich der ‚bedingungslosen Kapitulation‘ in ihren Nuancen der Ablehnungen gegenüber dem Kapitalismus und der Sowjetunion deutlich erkennbar. Die systeminduzierte Einordnung des Tages der Befreiung (in Ostdeutschland als Sieg über den Faschismus und in Westdeutschland als Sieg gegen die NS Diktatur) war entscheidend für die weitere politische Nutzbarmachung in zukünftigen Strategien der jeweiligen Ausgrenzungen. Wenngleich der Neubau der Gedenkstätte zukünftig ein Ort der historisch-politischen Bildung sein wird, so sei der Friedhof ein Ort des Gedenkens an die Toten. Morré plädierte für eine Trennung von sekundärinteressierten politischen Einflussnahmen von Seiten der Verbände und Kommunen und der Gedenkstättenkonzeption, damit der Kern der neuen Gedenkstätte entfaltet werden kann.

Im Abschlusspanel diskutierten dann JÜRGEN FELDHOFF (Gegen Vergessen – Für Demokratie), MALTE THIEBEN (LWL, Institut für westfälische Regionalgeschichte), RAPHAEL

UTZ (Deutsches Historisches Museum) mit CHRISTINA MORINA (Universität Bielefeld) über Perspektiven und Herausforderungen der zukünftigen internationalen Gedenk- und Dokumentationsstätte „Stalag 326“. Feldhoff eröffnete das Panel mit einem Plädoyer, dass für die Einrichtung der neuen Gedenkstätte noch viel ‚Grundlagenarbeit‘ vonnöten sei. So müsste nicht nur die Geschichte des historischen Ortes, sondern auch die Kriegsgefangenpolitik und die Situation sowie der Alltag der Opfer in den Lagern erforscht sein, bevor man diese ausstellen kann. Andererseits müsse hinterfragt werden, was man darstellen kann, was nicht und wem man in der Gedenkstätte eine Stimme verleihen möchte. Dies schließe auch ein, dass man nicht nur die Geschichte der Kriegsgefangenen, sondern auch die Geschichte des Beschweigens sowie der Initiativen und schlussendlich der Gedenkstätte selbst aufarbeiten und zukünftig ausstellen müsse. Des Weiteren sprach er sich dafür aus, dass in der Gedenkstätte Personen und Biographien im Vordergrund stehen müssen, da es sich um einen Ort des Verbrechens an Personen handelt.

Thiessen skizzierte Möglichkeiten, die sowjetischen Kriegsgefangenen aus dem Erinnerungsschatten treten zu lassen. So schlug er einerseits vor, den „Vernichtungskrieg“ und die Kriegsgefangenschaft und komplementär dazu die „Volksgemeinschaft“ und die Kontexte von alltagspraktischer Benutzung der Opfer für die eigenen Bedürfnisse herauszuarbeiten und darzustellen. Außerdem sollte man das Lager mit seiner Organisation, den Arbeitszusammenhängen sowie den Netzwerken und Handlungsspielräumen von ortsnaher Bevölkerung und Wirtschaft als Praxis verstehen. Prägnant hob er zudem hervor, dass „Osteuropa eine Arena von Erinnerungen“ sei und man Parallelerinnerungen auch in der Gedenkstätte aufgreifen sollte.

Utz (Deutsches Historisches Museum) hob als Herausforderung für eine geplante Gedenkstätte von nationalem Format hervor, dass Krieg immer transnational sei. Daher könnten dieser und daraus entstehende Kriegsgefangenschaft nicht national gefüllt werden. Um die in der Öffentlichkeit nicht kommunizierten Inhalte sichtbar werden zu lassen, sei Wissen über das Erleben nötig, nicht nur subjektives Erinnern, sodass historischem Wissen eine Kernfunktion zukommt. Folglich gebe es auch keine ‚deutsche‘ deutsche Erinnerung – keine gemeinsame, ‚europäische‘ Erinnerung. Es gehe vor allem darum, sich den Erfahrungen der anderen zu stellen. Diese können und werden divers sein, sodass die zukünftige Gedenkstätte dem Austausch über solche unterschiedlichen Erfahrungen den nötigen Raum bieten und das Gedenken der Opfer an diesem Ort für alle ermöglichen muss.

Die Tagung endete in interessierter Atmosphäre, mit der deutlich wurde, wie zukünftige Fragen einer Gedenkstättenkultur offen und zugewandt angegangen werden können, ohne sie final schließen zu wollen. Die Reflexion darüber eröffnet zunehmend die Frage, welche Rahmenbedingungen im Denken, Handeln und Behandeln einer als ‚vergangen‘ erklärten Situation zum Tragen kommen. Die nächste Tagung verspricht eine hilfreiche Weiterführung dieses Diskurses gegenseitiger Achtung und Beachtung zur Aufklärung weiterer Erinnerungs- und Forschungslücken und den dazugehörigen mehrschichtigen und mehrdimensionalen Schattengebieten. Die zukünftige Gedenkstätte als materialisierter Ausdruck eines solchen Bedürfnisses nach Diskurs und Achtsamkeit wird dies möglichen machen müssen,– die Beteiligten der Tagung jedenfalls scheinen für eine solche Kultur der Öffnung zu elementaren Fragen bereit.